

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Demjhrschelle Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 233.

Freitag, 6. October 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Ströda, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Postämter 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Raskantenstraße 50. — Für die Redaction verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Gustav Dessoir in Weida**, in Firma: „**Gerbstoff- und Farbstoff-Dampfmühlentwerf Gustav Dessoir in Weida am Bahnhofs Riesa**“ ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf

**Sonnabend, den 4ten November 1893,
Vormittags 10 Uhr**

vor dem königlichen Amtsgerichte hieselbst bestimmt.

Riesa, den 5. October 1893.

Aktuar **Gerlach**,
Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

In den nächsten Tagen werden den hiesigen Hausbesitzern beziehentlich deren Stellvertretern die Hauslisten für die Einschätzung zur Einkommensteuer im Jahre 1894 zugestellt werden. Diese Listen sind nach dem Stande **am 12. October** dieses Jahres den auf der Vorderseite derselben ersichtlichen Vorbemerkungen entsprechend auszufüllen und nach Erfolg dessen **innerhalb 10 Tagen** von der Behändigung derselben an gerechnet, bei unserer Stadteinnahme wieder einzureichen.

Die Versäumung dieser Frist zieht **unnachlässig eine Geldstrafe bis zu 50 Mk. nach sich**, ebenso wird **unrichtiges und unvollständiges Ausfüllen der Hauslisten mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mk. geahndet** werden.

Riesa, den 5. October 1893.

Der Stadtrath.

Schwarzenberg, Stadtrath.

Rbl.

Tagesgeschichte.

Eine überaus scharfe Sprache gegen den Reichskanzler führt in der Correspondenz des „Bundes der Landwirthe“ ein, Freiherr v. Wangenheim unterzeichneten Artikel „Schafft Klarheit“. Wir entnehmen ihm folgende Sätze:

Wir sind davon überzeugt, daß der Herr Reichskanzler das Beste will und zu thun glaubt, aber nach den bisherigen traurigen Erfolgen seiner wirtschaftlichen Thätigkeit können wir ihn nicht für den rechten Mann am rechten Plage halten; nach den unwiderleglichen Beweisen seiner Beharrlichkeit auf dem einmal eingeschlagenen Holzwege wüßten wir seinen Abgang wünschen. Die deutsche Landwirtschaft ist nicht dazu da, um sich von einer Proxiz entfremdeten Bureaukratie ruinieren zu lassen; es ist hohe Zeit, daß die ängstlich verschlossenen Fenster der Bureau einmal weit geöffnet werden, daß Gottes Sonne und frische Luft eindringen und den hirnbetäubenden Tintendunst verjagen, daß ein frischer Aufzug mit dem Staub und Dunst auch einige Spinnen und Altmwürmer davonsegt. Das deutsche Volk ist nicht der Beamten wegen da, sondern die Beamten des Volkes wegen. Schlechter, als es heute ist, kann es nicht werden, unser politisches Ansehen im Auslande sinkt, wirtschaftlich gehen wir unserem Ruin mit Riesenschritten entgegen und im Innern herrscht infolge der verbrochenen Wirtschaftspolitik eine Unzufriedenheit, welche von Tag zu Tag wächst. Die Person des Herrn Reichskanzlers ist unbeachtlich, die deutsche Landwirtschaft ist es nicht. Wir haben es oft betont, daß die Landwirtschaft Deutschlands nicht der Regierung eine grundsätzliche Opposition machen können und wollen, wir haben es bewiesen, indem wir selbst dem Grafen Caprivi die Forderungen der Militärvorlage bewilligen, aber wenn er auf dem eingeschlagenen Wege hartnäckig beharrt, so wird und muß das dahin führen, daß wir jede Forderung seiner Regierung bekämpfen. Wie oft ist schon von den verzweifeltsten Landleuten gefragt worden: ist denn Niemand da, der unserm Kaiser ein Mal die wahre Sachlage schildert? und immer lautet die Antwort: Nein, Niemand! Seine berufenen Rathgeber stehen der Landwirtschaft fern, und die ihm sonst nahe kommen, wagen es nicht, offen mit der Sprache herauszukommen, aus Furcht vor dem Allerhöchsten Mißfallen. Jetzt haben wir unsere berufene Vertretung im Bunde der Landwirthe; hier hat sein Vorstand mit offenem Manneswort einzusetzen, mit Ehrfurcht und Vertrauen, aber auch mit Offenheit und Entschiedenheit. Möge derselbe seine Pflicht thun, ein kluges Rathswort wird schnell das Vertrauen im Land wiederherstellen, welches jetzt so schwer erschüttert ist, und daß dieses Rathswort gesprochen werden wird, das ist unsere feste Zuversicht.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beschränkt sich auf diesen Artikel, der an Angriffen auf die Person des Reichskanzlers in Tonart und Ausdruck das Stärkste leistet, zu erwidern: „Der Inhalt dieses Angriffes bezieht sich nur auf die Handelspolitik, speciell die Verhandlungen mit Rußland und behauptet, die letztere betreffenden Informationen würden nicht bei den Männern gesucht, welche die landwirtschaftlichen Verhältnisse aus eigener Thätigkeit kennen, sondern bei denen, welche seit einem Menschenalter die Luft der Schreibstube geathmet haben, welche die Landwirtschaft nur aus den Akten kennen.“ Seine Charakteristik findet dieser Angriff übrigens am unzweideutigsten in der Thatsache, daß sowohl in den Beirath für diese Angelegenheit, als auch in

den von letzterem gewählten engeren Ausschuss nicht nur Landwirthe überhaupt, sondern auch solche berufen sind, die man zu den Gefinnungsgenossen des Herrn v. Wangenheim rechnen darf.

Deutsches Reich. Die Nachrichten über das Befinden des Fürsten Bismarck lauten widersprechend. „Die für amtliche Bekanntmachungen der Regierung benutzte „Schwarzburg-Mudolstädter Landeszeitung“ erhielt vorgestern, wie sie angiebt, aus absolut sicherer Quelle die Mittheilung, daß es leider mit dem Fürsten Bismarck langsam, aber stetig zu Ende gehe.“ Diese Mudolstädter Nachricht wird allerdings erfreulicher Weise durch ein Telegramm, das aus Dortmund vorliegt, auf das Bündigste demittirt: „Auf telegraphische Anfrage des „Generalanzeigers“ an den Grafen Herbert Bismarck, ob die in den Zeitungen enthaltenen Nachrichten, daß das Befinden des Fürsten das Schlimmste befürchten lasse, begründet seien, erhielt das Blatt folgendes Telegramm: „Graf Herbert abwesend. Nachrichten vollständig unbegründet. Befinden zusehends besser.“ Dr. Chrysanther.

Betreffs der Tabakfabriksteuer geht der „Nat.-Ztg.“ folgende Erklärung zu: Der Bericht der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat die Auffassung erregt, als habe der auszuarbeitende Gesekentwurf einer Tabakfabrik-Vertheuerung auch die Zustimmung und das Einverständnis der nach Berlin berufenen unterzeichneten Sachverständigen im Großen und Ganzen gefunden. Dies ist keineswegs der Fall. Im Gegentheil liegen die Sachverständigen überall erkennen, wie ungemein schädlich die mit der beabsichtigten Steueränderung eintretende Mehrbelastung des Tabaks auf die gesammte Fabrikation durch den unvermeidlich großen Rückgang des Konsums einwirken müsse. In der Plenarsitzung erklärte einer der Sachverständigen ausdrücklich: 1) daß die Einführung einer den Tabak mehr als jetzt belastenden Tabakfabrik-Vertheuerung in der Uebergangszeit durch die voraus, gütlich große Unsicherheit über die zukünftige Gestaltung des Konsums und der Fabrikation eine, namentlich in der Cigarren-Industrie zum Ausdruck gelangende Herabsetzung der Arbeitskräfte um die Hälfte der zur Zeit darin beschäftigten ca. 150 000 Arbeiter herbeiführen würde; 2) daß aber nach Ueberwindung dieser Uebergangszeit, bei dem von der Kommission selbst angenommenen Rückgang von einem Drittel des derzeitigen Cigarren-Konsums, gegen 50 000 Arbeiter dauernd in der Tabak-Industrie brotlos gemacht werden würden und 3) daß eine dementsprechende weitere große Anzahl von Arbeitern, welche in den von der Tabak-Industrie abhängigen Neben-Industrien Beschäftigung haben, entlassen werden müßten. Ein Arbeitslohn von gegen 20 Millionen Mark jährlich würde dadurch armen Leuten entzogen. Aus diesen Gründen würde die gesammte Tabak-Industrie und speciell auch die herangezogenen Sachverständigen aller Branchen mit allen Kräften gegen die beabsichtigte Mehrbelastung des Tabaks sich erklären und dagegen wirken.

Da im Kreise Wernigerode die herumziehenden Bettler wegen der Milderthätigkeit der Einwohner förmlich überhand genommen haben, wird jetzt vom Landrath unter Zustimmung des Kreisaußschusses eine Polizeiverordnung erlassen, die das Verabfolgen von Almosen, mit Ausnahme von Lebensmitteln zum sofortigen Genuß an Ort und Stelle, an nicht ortsangehörige Bettler bei einer Geldstrafe bis zu 30 Mk. oder entsprechender Haftstrafe verbietet.

Rußland. In ihrem Feldzuge gegen die „fremden“ Velenntnisse, wie man in Rußland amtlich die evangelische und katholische Kirche nennt, hat die russische Regierung den lutherischen Pastoren einen empfindlichen Schlag versetzt.

Wie nämlich die „Ruslaja Schisnj“, ein zuverlässiges Blatt, erfährt, hat das Ministerium des Innern den Beschluß gefaßt, der evangelisch-lutherischen Geistlichkeit das Recht der freien Nuznießung der Pfarrländereien zu entziehen. Die Pfarrländereien sollen besonderen Ausschüssen, die aus den Vorständen der Kirchspiele und der örtlichen Behörden zu bilden sind, zur Verwaltung übergeben werden; die Oberaufsicht wird die zuständige Gouvernementsregierung zu führen haben. Aus den Einkünften der Pfarrgüter will man den Pastoren den Unterhalt in Geld zahlen und zwar auf der Grundlage der Bestimmungen, die in denselben Angelegenheit für die römisch-katholische Geistlichkeit festgesetzt worden sind. Diese Maßregel könnte, so meint der „Schisnj“, noch dahin fortgesetzt werden, daß man die von den Eingepfarrten den Pastoren zu leistenden Naturalabgaben entweder ganz abschaffe oder zu einer in Geld zu entrichtenden Steuer umwandle, welche aber auch nur den Verwaltungsausgaben der Pfarrgüter zugehen dürfe, die sie dann, wenn nötig, zu Gunsten der Pastoren verwenden. Das Ministerium des Innern giebt vor, darum die Pfarrgüterenteignung beschlossen zu haben, weil die Pastoren durch Ackerwirtschaft in ihren Berufsbedingungen beeinträchtigt würden. Weshalb will man aber eine so väterliche Borkehrung gegen Pflichtversummig nicht auch für einen Theil der Popen im lathischen Gebiet, die auch Ländereien haben, treffen, und weshalb nicht auch für die Popen im Innern Rußlands, die bei ihrer theuren Zeit so übermäßig oft auf Karren von Dorf zu Dorf Abgaben eintreiben, ja mitunter betteln und in den Schänken herumliegen?

Amerika. Eine Privatdepesche aus Rio de Janeiro bestätigt, daß die Kommandanten der dort liegenden fremden Kriegsschiffe, mit Ausnahme der deutschen, dem Admiral Meilo mittheilten, daß er künftig die Beschießung auf die Forts zu beschränken habe; wenn er die Stadt beschließen würde, so würden die fremden Kriegsschiffe ihre Geschütze gegen die unter seinem Kommando stehenden Schiffe richten.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, 6. October 1893.

Nachdem das neue Casernement längs seiner ganzen Front ein eisernes Geländer erhalten hat, wird nunmehr der Fußweg daselbst mit Mosaikpflaster belegt. Den gleichen Belag hat der Fußweg an der Front des Lazarethgebäudes erhalten. Die Magistrale geht, nachdem das letzte zur Anlegung der Straße erforderliche Land erworben worden ist, nunmehr ihrer Fertigstellung entgegen. Gegenwärtig ist man dort mit der Weiterlegung der Schleiße und mit der Vorblegung beschäftigt. Die Schleiße wird an das Casernement angebunden, während der untere Tract der Straße später seinen Schluß nach der Jahna erhalten muß, da er zu tief liegt, um an das jetzige Schleißen angegeschlossen werden zu können. Die Chaußirung des Straßenkörpers ist bis zum Casernement fertig und damit die Verbindung der Magistrale mit der Bergstraße und der Friedrich August-Straße bereits hergestellt. Die Chaußirung der Strecke an dem Casernement wird erfolgen, sobald die Schleißenlegung beendet sein wird. Damit wird also die Magistrale in ihrer jetzigen Ausdehnung von der Paulliser Straße bis zur Schützenstraße fertig sein und für den Verkehr offen stehen. Die Schleißen- und Straßenbauten haben der Stadt schon bedeutende Summen gekostet und doch ist bei dem erfreulichen Wachsathum der Stadt ein Abschluß dieser Bauten zur Zeit noch nicht vorzusehen. So muß